

Bericht
des Außenhandelsausschusses
(17. Ausschuß)
über die von der Bundesregierung erlassene Zweiundfünfzigste
Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1963
(Stahlzölle)

— Drucksache IV/1926 —

Bericht des Abgeordneten Dr. Löhr

Der Außenhandelsausschuß hat in seinen Sitzungen vom 18. März und 17. April 1964 die Vorlage eingehend beraten. Im Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen innerhalb der Kennedy-Runde ist eine Unifizierung der Eisen- und Stahlzölle innerhalb der EGKS für notwendig angesehen worden. Da die vorliegende Verordnung in dieser Richtung wirkt, hat der Außenhandelsausschuß beschlossen, dem Plenum zu empfehlen, von dem Recht des Bundestages gemäß § 77 Abs. 5 des Zollgesetzes keinen Gebrauch zu machen und somit die Aufhebung der Verordnung nicht zu verlangen.

Bonn, den 22. April 1964

Der Außenhandelsausschuß

Dr. Serres	Dr. Löhr
Vorsitzender	Berichterstatter